



NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

22.07.2023

Brandenburg: ASP in den zuerst betroffenen Gebieten erfolgreich getilgt, 21.07.2023

Der Einsatz gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Brandenburg zeigt Erfolg. Verbraucherschutzministerin Ursula Nonnemacher informierte heute bei einem Pressegespräch über die Aufhebung der Sperrzone II im Landkreis Dahme-Spreewald und in großen Teilen des Kreises Oder-Spree. Die Beschränkungen für Schweinehalter und Jäger entfallen dort somit. Weitere Aufhebungen sind geplant.

In den von der Afrikanischen Schweinepest (ASP) beim Schwarzwild zuerst betroffenen Gebieten in den Landkreisen Oder-Spree und Dahme-Spreewald können Teile der sogenannten Sperrzone II (infiziertes Gebiet) aufgehoben und die angrenzende Sperrzone I verkleinert werden. Insgesamt seien ca. 1.300 Quadratkilometer betroffen, teilte das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV) heute in einer Pressemitteilung mit.

In den jetzt aufgehobenen Teilen der Sperrzone II wurde zuletzt am 29. Oktober 2021 ein ASP-Fall beim Schwarzwild festgestellt. Danach ist in diesem Gebiet seit mehr als 19 Monaten kein ASP-Fall mehr aufgetreten. Zu keinem Zeitpunkt wurde in diesem Gebiet ASP bei Hausschweinen festgestellt. Damit seien die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Aufhebung der Sperrzone II durch die EU-Kommission erfüllt.

Beschränkungen für Schweinehalter aufgehoben: Seit gestern, 20.07.2023, ist die geänderte Durchführungsverordnung in Kraft. Damit gilt in diesen Gebieten die ASP offiziell als getilgt und Beschränkungen für Schweinehalter und Jäger sind dort aufgehoben; das bedeutet insbesondere: keine Beschränkungen mehr für das innerstaatliche Verbringen von Schweinen, und die Möglichkeit der innerstaatlichen Vermarktung von Fleisch erlegter Wildschweine nach negativem Untersuchungsergebnis. In dem aufgehobenen Teil der Sperrzone II in den Kreisen Oder-Spree und Dahme-Spreewald befinden sich 37 Schweinehaltungen mit insgesamt rund 10.000 Schweinen.

Rückbau von Zäunen kann beginnen: Verbraucherschutzministerin Ursula Nonnemacher lobte das brandenburgische Bekämpfungskonzept und kündigte an, die Landesstrategie bis zur endgültigen Tilgung der ASP auch in anderen Landesteilen fortführen zu wollen. Besonders für die Schweinehalter ist das eine große Erleichterung und eine sehr gute Nachricht, so Nonnemacher und bedankte sich bei allen Beteiligten. In der jetzt aufgehobenen Sperrzone II könne nun mit dem Rückbau der ASP-Zäune beginnen. Zur Verhinderung eines sprunghaften Anstieges der Wildschweinpopulation würden derzeit die errichteten Barrieren jedoch nur teilweise abgebaut und die Seuchensituation auch in diesem Gebiet weiter intensiv beobachtet.

ASP-Gefahr nicht gebannt: Ministerin Nonnemacher betonte: Trotz dieser positiven Entwicklung muss dennoch jederzeit mit neuen Fällen der Afrikanischen Schweinepest beim Schwarzwild gerechnet werden. Vor allem beschädigte, entwendete oder nicht geschlossene Tore in den ASP-Schutzzäunen sind die Ursache dafür. Jeder neue ASP-Fund beim Schwarzwild in den nun aufgehobenen Gebieten würde zur Wiedereinrichtung von Restriktionszonen und zum Neubeginn der Bekämpfungsmaßnahmen führen.

Quelle: schweine.net

Die CSU entfacht vor der Landtagswahl in Bayern die Diskussion um die Mehrwertsteuer neu. Bereits der grüne Bundesagrarminister Cem Özdemir hatte auf der Grünen Woche Anfang des Jahres gefordert, die Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte auf Null zu setzen. Nach dem Willen von CSU-Chef Markus Söder soll nun auf alle Grundnahrungsmittel, also auch auf Milch und Fleisch, keine Mehrwertsteuer mehr berechnet werden. Einbeziehen will die CSU auch alle anderen Dinge, die zu den Grundnahrungsmitteln zählen, heißt es auf der Sommerklausur im Kloster Andechs. Nach CSU-Berechnungen könne ein Vier-Personen-Haushalt so rund 1000 € im Jahr sparen.

Linke schlug Absenkung schon vor einem Jahr vor: Der Vorschlag ist aber nicht neu. Bereits vor einem Jahr hat die Linke im Bundestag das Abschaffen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel gefordert. Damals lehnten im Bundestag SPD, Grüne, FDP und auch CDU/CSU die Abschaffung aber ab. Anfang des Jahres hatte auch Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger dies gefordert. Laut Agrarsprecherin der Linken, Ina Latendorf, wurden der Linken Markteingriff bis staatliche Preispolitik; auch Sozialismus vorgeworfen. „Das alles scheint Markus Söder nun nicht mehr zu interessieren“, so Latendorf. Aus ihrer Sicht zeigt das Abkupfern, die „größte Oppositionsfraktion und die Bundesregierung offenbar keine eigenen Vorstellungen haben, die grassierende Inflation bei Lebensmitteln zu stoppen“.

Die Linken forderten damals in ihrem Antrag auch, dass sicherzustellen sei, dass die Mehrwertsteuerabsenkung bei Verbrauchern ankommen. Ebenso soll der Bund eine staatliche Preisbeobachtungsstelle einrichten. Sie soll Erzeuger- und Lebensmittelpreise für Endverbraucher in der gesamten Lebensmittelkette überwachen. Mit der neuen Forderung der CSU-Landesgruppe geht Ministerpräsident Markus Söder über das eigene Wahlprogramm für die Landtagswahl hinaus. Dieses hatte die Partei erst vor einigen Wochen vorgestellt.

Niedrigere Mehrwertsteuer für Gaststätten verlängern: Ebenso plädiert die CSU dafür, die Mehrwertsteuer für Speisen in Restaurants, Wirtshäuser und Gaststätten auch über 2023 hinaus auf 7 % zu ermäßigen. Gleichfalls lehnt die CSU-Landesgruppe in ihrer „Respektsagenda“ die 4 Prozent Flächenstilllegung ab, die Landwirte ab 2024 vorweisen müssen. Ebenso ist das EU-Renaturierungsgesetz (SUR) für die Union nicht tragbar. Damit würden Landwirte mit weiterer Bürokratie überzogen, müssten weitere 1,3 Mio. Hektar allein in Deutschland aus der landwirtschaftlichen Produktion nehmen und sogar Wasserkraftwerke rückgebaut werden.

Quelle: wochenblatt-dlv.de

Neue KTBL-Schrift zum vorbeugenden Brandschutz bei landwirtschaftlichen Bauten, 17.07.2023

Ein Brand auf einem landwirtschaftlichen Betrieb kann nicht nur erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen, sondern auch die Gesundheit und das Leben von Menschen und Tieren gefährden. Daher ist es wichtig, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, um das Brandrisiko zu minimieren und im Brandfall schnell und effektiv zu reagieren. Mit diesem Hinweis warb das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) vergangene Woche in einer Pressemitteilung für seine 68-seitige Schrift „Vorbeugender Brandschutz bei landwirtschaftlichen Bauten“.

Diese ist für 22 Euro erhältlich. Bestellungen werden online über die Website www.ktbl.de, über vertrieb@ktbl.de oder telefonisch unter +49 6151 7001-189 entgegengenommen. Diese Schrift richtet sich laut KTBL an landwirtschaftliche Betriebe, Planungsbüros, Genehmigungsbörden und alle, die mit dem Brandschutz in der Landwirtschaft zu tun haben.

Das Kuratorium weist darauf hin, dass gerade im ländlichen Raum die personelle und technische Ausstattung der oftmals freiwilligen Feuerwehr begrenzt sei. Betriebe mit Tierhaltung lägen meistens im Außenbereich, außerhalb von zusammenhängend bebauten Ortslagen, so dass die Brandbekämpfung weniger zügig aufgenommen werden könne. Für einen wirksamen vorbeugenden Brandschutz müssten all diese Aspekte ebenso wie die individuellen Gegebenheiten auf dem landwirtschaftlichen Betrieb berücksichtigt werden.

Im besten Fall Sorge der vorbeugende Brandschutz mit seinen Maßnahmen dafür, dass Brände erst gar nicht entstehen oder zumindest in ihrer Auswirkung stark beschränkt würden, so das KTBL. Vorbeugender Brandschutz sei nicht nur eine gesetzliche Pflicht, sondern auch eine Investition in die Sicherheit und den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe.



Wenig Fortschritt bei Fleisch aus besserer Haltung, 18.07.2023

Die Umstellung auf Fleisch aus höheren Haltungsstufen kommt in den Filialen nur langsam voran. Einer Studie von Greenpeace zufolge hat sich der Anteil aus den Haltungsklassen 1 und 2 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Der Handel sieht die Ursache auch beim Kunden. Der Umstieg auf Fleisch aus besserer Tierhaltung kommt im deutschen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) nach Einschätzung von Greenpeace kaum voran. "Die großen Lebensmittelhändler verbessern ihr Fleischsortiment weiter nur schleppend", fasste die Umweltschutzorganisation am Montag das Ergebnis einer Umfrage unter den großen deutschen Vollsortimentern und Discountern zusammen. Seit Juli 2022 sei bei den Eigenmarken des Handels der Anteil der beiden besseren Haltungsformen 3 und 4 der Abfrage zufolge zwar von gut 10 auf knapp 12 Prozent gestiegen. Doch entfielen immer noch 86 Prozent (Vorjahr: 88 Prozent) auf die Haltungsformen 1 und 2. Der Anteil der mit der schlechtesten Haltungsform 1 gekennzeichneten Frischfleischprodukte habe sich zuletzt sogar wieder leicht von 19 auf 21 Prozent erhöht, berichtete Greenpeace. Bei Rindfleisch werde der Markt immer noch mit 76 Prozent von Haltungsform 1 dominiert. Allerdings gebe es hier mit 14 Prozent den größten Bio-Anteil.

"Hinter den vollmundigen Versprechen der Supermärkte von mehr Tierwohl und klimaschonenden Lebensmitteln versteckt sich im Kühlregal noch immer fast nur Billigfleisch", sagte die Greenpeace-Landwirtschaftsexpertin Christiane Huxdorff. Die Organisation hatte Aldi Nord, Aldi Süd, Edeka, Kaufland, Lidl, Netto, Penny und Rewe befragt. Metro und Norma hätten den Fragebogen nicht beantwortet und kennzeichneten ihr Fleisch auch nicht.

Während die Händler das Fleisch in den SB-Theken nach eigenen Angaben inzwischen fast flächendeckend kennzeichneten, gebe es an den Bedientheken eine "riesige Kennzeichnungslücke", so Huxdorff. In einer Stichprobe von Greenpeace in 44 Filialen von Rewe, Edeka und Kaufland waren nur 40 Prozent aller unverarbeiteten Frischfleischprodukte aus Deutschland gekennzeichnet. In fast 30 Prozent der besuchten Filialen wurde gar nicht gekennzeichnet. Die Politik will das jedoch ändern. Händler beobachten veränderte Nachfrage: Ein Rewe-Sprecher wies auf Anfrage darauf hin, dass die hohe Inflation und die knappen Haushaltskassen das Einkaufsverhalten der Kundinnen und Kunden derzeit spürbar beeinflussten. "Dies sorgt sowohl im Fleisch- als auch Milch-/Molkereisortiment punktuell für leichte Rückschritte in der Nachfrage nach höheren Haltungsformstufen." Dennoch halte das Unternehmen an seinem Ziel fest, stufenweise bis 2030 das gesamte Frischfleischangebot der Eigenmarken in Deutschland bei Rind, Schwein und Geflügel vollständig auf die Haltungsformstufen 3 und 4 umzustellen. Aufgrund mangelnder Rohstoffverfügbarkeiten hätten die Umstellungen innerhalb der Sortimente aber teilweise eine längere Anlaufphase. Besonders schwierig sei es beim Rindfleisch. Kaufland verwies darauf, dass das Unternehmen in jeder Kaufland-Filiale Schweine-, Hähnchen-, Puten- und Rinder-Frischfleisch-Produkte aus der Haltungsform-Stufe 3 anbiete. An den Fleischbedientheken setze das Unternehmen, bis auf wenige regionale und internationale Ausnahmen, durchgängig auf Fleisch aus Haltungsform-Stufe 3. Von den anderen Unternehmen waren zunächst keine Stellungnahmen zu erhalten. Lidl will bis 2024 mindestens 25 Prozent des Frischfleischsortiments mit den Haltungsstufen 3 und 4 und bis 2026 mindestens 33 Prozent in diesen Stufen anbieten.

Chinesische Schweinefleischerzeugung wächst weiter, 19.07.2023

Wie Agra Europe berichtet, hat die Schweinefleischerzeugung in China im ersten Halbjahr 2023 erneut zugenommen. Nach den sehr deutlichen Zuwächsen in den vergangenen beiden Jahren fällt das Plus mit 3,2 % nun aber moderater aus. In der ersten Jahreshälfte 2023 wurden in China nach Angaben des nationalen Statistikbüros 30,3 Mio. t Schweinefleisch erzeugt, was einer Steigerung um 3,2 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 entspricht. Dafür wurden 375,5 Millionen Schweine geschlachtet; das waren 2,6 % mehr als in der Vorjahresperiode. Den Schweinebestand für Ende Juni geben die Statistiker mit 435,2 Millionen Tieren an, was binnen Jahresfrist ein Plus von 1,1 % bedeutet.

Schweinepreise nicht kostendeckend: Positiv sei die Stimmung der chinesischen Schweinebranche nach Berichten von Agra Europe aber keineswegs. Das schon länger anhaltende Preistief aufgrund des zu großen Angebots für die eher maue Nachfrage beschert sowohl den landwirtschaftlichen Erzeugern als auch den großen Schlachtkonzernen Verluste. Seit April pendelt der Schlachtschweinepreis im Landesmittel um die Marke von 14 CNY (1,74 Euro) pro Kilogramm Lebendgewicht (LG), während die Produktionskosten laut Analysten bei gut 16 CNY/kg (1,99 Euro) liegen.

Hohe Verluste bei großen Fleischherstellern: Das Preisniveau für Schlachtschweine ist damit geringer als derzeit in vielen Ländern der Europäischen Union, was äußerst untypisch ist. Auch die großen börsennotierten Schweinefleischhersteller Chinas haben im ersten Halbjahr 2023 den Experten zufolge Milliardenverluste eingefahren und eine große Schuldenlast angehäuft.

Quelle: *schweine.net***Ferkel VEZG**

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 93,00 EUR

(24.07.23 – 30.07.23)

Vorwoche: 93,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,50 EUR

(19.07.2022)

Vorwoche: 2,50 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de



Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.